Nr. 20. XXIV. Jahrgang. Sonnabend, 22. Januar 1916.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Verbreitung in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden.

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 30 Pf., für auswärts 35 Pf., für das Ausland 40 Pf., Tabellensatz 50 Pf. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Pf. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Chiffrengebühr 30 Pf. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Telephonische Aufgabe und Wiederholung von Anzeigen ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und -rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2,10 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2,40 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" oder „Dresdner Illustrierte Blätter" je 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland und den deutschen Kolonien:
Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1,00 Mk. vierteljährl. 3,00 Mk.
„ B ohne Illustr. Beilage „ 85 Pf. „ „ 2,55 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A mit „Illustr. Neueste" monatl. 1,70 Kr., vierteljährl. 5,37 Kr.
„ B ohne Illustr. Beilage „ 1,51 „ „ 4,53
Nach dem Auslande in Kreuzb. wöchentlich 1 Mk. Einz.-Num. 10 Pf.

Der englische Blockadeplan und Amerika.

Die Engländer verstärken ihre Front bei Armentières. — Verwendung serbischer Truppen im Westen. — Verzicht auf die italienische Expedition in Albanien. — Staatsminister a. D. v. Podbielski †.

Tendenzmache.

Die Uebergabe Montenegros bereitet den Vierverbandsleuten die größten Verlegenheiten, besonders wegen der moralischen Wirkung, die dieser Schritt des Königs Nikolaus sowohl im Vierverband selbst als auch bei den Neutralen ausgeübt hat. Durch gefälschte Meldungen sucht man den Eindruck wieder abzuschwächen oder gar Oesterreich-Ungarn als den Friedensucher hinzustellen. Diesen Versuchen, die Geschichte zu fälschen, wird von Wien aus mit einer klaren Betonung der Tatsachen entgegengetreten:

-id- Wien, 21. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Entgegen den vom Vierverband verbreiteten Meldungen, Oesterreich-Ungarn habe die Initiative zu Friedensverhandlungen mit Montenegro sogar schon im Oktober v. J. ergriffen, wird heute an zuständiger Stelle, was ich auch schon am Montag melden konnte, festgestellt, daß Montenegro aus eigenem Antrieb mit Rücksicht auf die Eroberung des Lovcen und das Vorrücken unsrer Truppen gegen Cetinje am 13. Januar um Waffenstillstand ersucht hat. Dieser wurde unserseits rundweg abgeschlagen, damit Montenegro nicht inzwischen sich sammle oder Verhandlungen wegen Hilfe des Vierverbands einleite. Wir verlangten sofortige bedingungslose Waffenstreckung und Montenegro willigte ein. Alle jetzt vom Vierverbande verbreiteten Verdrehungen dieses Tatbestandes können an der historisch festgelegten Wahrheit nichts ändern. König Nikolaus sagt selbst in dem Aufruf an sein Volk, daß er nur zwischen Untergang und Uebergabe die Wahl hatte. Klüger als Belgien und Serbien wählte er die Unterwerfung, weil er nicht wie jene an einen Endsieg des Vierverbandes glaubte. — Die Friedensverhandlungen haben noch nicht begonnen, weil die Waffenstreckung im ganzen Lande noch nicht vollständig durchgeführt worden ist.

Die Entrüstung der italienischen Presse über den Schritt Montenegros ist natürlich gemacht. Denn gerade Italien hat sich bei allen Hilfegesuchen des Königs Nikolaus ablehnend verhalten. Und überdies konnte die Waffenstreckung Montenegros nicht überraschend kommen, da der Mitarbeiter eines Berliner Blattes in Lugano bereits am Sonntag abend einen Bericht abschickte, der klar beweist, daß die Unterwerfung Montenegros schon Sonntag beschlossene Sache und den regierenden Kreisen Italiens schon bekannt war, als dort die öffentliche Meinung über die Tatsache selber noch im Dunkel gehalten wurde. In dieselbe Reihe der Tendenzmeldungen muß man vorläufig auch die

Nachricht von einem Abbruch der Friedensverhandlungen

stellen. Zunächst besagt eine aus Mailand berichtete Mitteilung der Agenzia Stefani vom 20. Januar:

Der montenegrinische Generalkonsul in Rom hat heute früh im Auftrage des gestern abend in Brindisi angekommenen Ministerpräsidenten Muschkowitsch mitgeteilt, daß König Nikolaus und dessen Regierung alle Bedingungen Oesterreich-Ungarns abgelehnt hätten und daß der Kampf bereits auf der ganzen Front wieder begonnen habe. Der König und seine Söhne bleiben inmitten der Truppen, um den letzten Verteidigungskampf zu leiten.

Aus Brindisi wird dazu noch gemeldet, daß die Königin von Montenegro, die montenegrinischen Prinzessinnen und der montenegrinische Ministerpräsident in Brindisi eingetroffen seien, um sich nach Rom zu begeben. König Nikolaus bleibe in Skutari, um dort den Verteidigungskampf zu leiten. Auch der „Temps" und die Agence Havas verbreiteten Meldungen ähnlichen Inhalts. Der eigentliche Ursprung der Sensationsmeldung erscheint recht zweifelhaft. Der „Temps" läßt sich von seinem Genfer Vertreter die Nachricht aus Skutari geben. Andre Blätter bringen sie aus Brindisi. Jedenfalls begegnet die Meldung, wie aus Bern berichtet wird, in der Pariser Presse selbst den stärksten Zweifeln, denn Blätter, wie „Journal des Débats", „Petit Journal" und „Echo de Paris", geben sie unter allem Vorbehalt wieder, zumal sie in unmittelbarem Widerspruch mit den in derselben Ausgabe enthaltenen Meldungen aus englischen Blättern über die Uebergabe Nikolaus sowie über den Aufruf des Königs an sein Volk stehen, worin gesagt wurde, daß nur Ergebung oder Untergang übrig sei. „Petit Parisien" und „Journal" waren von der französischen Zensur wegen der Wiedergabe der Mitteilung des montenegrinischen Generalkonsulats in Rom verboten worden. — An amtlicher Stelle in Berlin ist über den angeblichen Abbruch der Verhandlungen

nichts bekannt.

Von Friedensverhandlungen kann ja auch noch gar keine Rede sein, da sie, wie in dem Telegramm unsres ständigen Mitarbeiters gesagt wird, noch gar nicht begonnen haben. Nach andern Meldungen, die über Wien kommen, geht die Waffenstreckung rasch und ohne Reibungen vor sich. Nach der Wiener „Reichspost" hätte König Nikolaus seinen Unterhändlern, die am 13. Januar bei den österreichischen Vorposten erschienen waren, auch eine an Kaiser Franz Joseph gerichtete Depesche mit der Friedensbitte des Königs übergeben. Einer weiteren Meldung zufolge soll König Nikolaus dem österreichischen Armeeführer v. Koeveß bereits seinen Degen überreicht haben.

Russische Vorstöße zwischen Pinsk und Czartorysk abgewiesen.

× Großes Hauptquartier, 21. Januar. (Amtlich.) (Eingegangen 2 Uhr 15 Min. nachm.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Auf der Front zwischen Pinsk und Czartorysk wurden Vorstöße schwacher russischer Abteilungen leicht abgewiesen.

Balkankriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Eine Denkschrift des Königs von Montenegro.

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten.)

-r- Bukarest, 21. Januar.

König Nikolaus hat eine ausführliche Denkschrift über die Gründe verfaßt, die ihn zur Waffenstreckung bestimmten. Diese Denkschrift enthält besonders heftige Angriffe gegen den Vierverband. Die Denkschrift ist vorwiegend dazu bestimmt, dem Vorwurf des Verrats vorzubeugen und soll hauptsächlich zum Privatgebrauch der Mitglieder der montenegrinischen Königsfamilie dienen. (tf)

„Eine Probe von hohem Unabhängigkeitsgeist."

(Privattelegramm.)

+ Lugano, 21. Januar.

„Popolo Romano" bespricht den Separatfrieden Montenegros mit Oesterreich und sagt: „Der tapfere Herrscher, der nicht wenige Schlachten für die Unabhängigkeit seines Reiches gekämpft hat, legte eine neue Probe von seinem hohen Unabhängigkeitsgeiste ab, der auch sicher nach Verdienst vom alten Kaiser von Oesterreich geschätzt werden wird." Man kann sich den Sturm vorstellen, den diese Aeußerung der Zeitung in der nationalistischen Presse entfesselt hat.

Schon aufgegeben!

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten.)

-e- Genf, 21. Januar.

Französische Blätter melden aus Rom, es werde ernstlich erwogen, ob die Expedition nach Valona und Durazzo dem Feinde werde standhalten können. Neue Truppensendungen seien wegen der Unterseebootsgefahr unmöglich, weshalb einige Blätter das Aufgeben der Expedition vorschlagen. — Wie von andrer Seite mit Bestimmtheit verlautet, ist die italienische Unternehmung gegen Albanien mit Rücksicht auf die Unterwerfung von Montenegro schon aufgegeben worden. (tf)

Griechenland und der Vierverband.

Aus London erfährt man, wie über Amsterdam gemeldet wird, daß die jetzigen politischen Kreise allgemein der Meinung sind, Griechenlands letzte Friedensstunde habe bald geschlagen. Der König halte mit den Mittelmächten und fürchte den Krieg, weil ihm die Zukunft zu ungewiß scheine, aber eine Regierung zu schaffen, die an der Seite des Vierverbandes in den Krieg ziehen würde, wäre gar nicht schwierig, zumal das griechische Militär ganz auf die Seite des Vierverbandes treten werde, so bald die Entscheidungsstunde gekommen sei.

In einer Meldung des „Corriere della Sera" aus Rom wird mit Bezug auf die Meldung von einer Landung der Alliierten in Phaleron gesagt, daß man in amtlichen Kreisen keine Nachrichten darüber habe. In zuständigen Kreisen werde erklärt, daß es sich wahrscheinlich um Gerüchte handle, die infolge der von den Schiffen der Entente an der griechischen Küste ausgeübten Seepolizei entstanden seien. Die Schiffe der Entente müßten häufig hier und dort Leute ausschiffen, um die Verstecke feindlicher Unterseeboote ausfindig zu machen.

Freilassung des österreichischen Konsuls auf Korfu.

× Wien, 20. Januar.

Die „Südslawische Korrespondenz" meldet aus Athen: Der österreichisch-ungarische Konsul in Korfu, Theodor Edl, der bei der Besetzung der Insel durch die Franzosen verhaftet worden war, ist wieder in Freiheit gesetzt worden.

England gegen die Freiheit der Meere.

× New-York, 20. Januar.

„New York World" meldet aus Washington: Auf Grund der Berichte, die Oberst House dem Präsidenten Wilson übermittelt hat, ist die Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß in wenigen Tagen von London eine Proklamation ergehen wird, welche die britischen Kabinettserlasse aufhebt, die Blockade Deutschlands durch die Flotten der Alliierten erklärt und kundgibt, daß man Mittel finden werde, der Versorgung mit Vorräten ein Ende zu machen, deren Beförderung nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn neutrale Länder heimlicherweise zugelassen hätten. England ist entschlossen, wenn man die Ansichten amtlicher Kreise über diesen Punkt sich zu eigen machen will, die Verantwortung teilweise auf seine Alliierten abzuwälzen, so daß Frankreich, Italien, Rußland und Belgien einen Teil des Tadels zu tragen haben würden, den man im Kongreß erwartet, falls die neue Blockade nicht die Billigung der amerikanischen Regierung findet und ernstlich das Geschäft der amerikanischen Verfrachter behindert. Wie es heißt, ist sich England darüber klar geworden, daß man in Amerika hauptsächlich mit Frankreich und Belgien Mitgefühl hat und daß dieses Mitgefühl dazu ausgenützt werden kann, die feindliche Stimmung auszugleichen, die gegen die britische Regierung erweckt worden ist. Die amerikanische Regierung würde sehr überrascht sein, wenn nicht alle Ententemächte gleichlautende Erklärungen dahin abgeben sollten, daß eine Blockade errichtet und durch gewaltsame Mittel aufrechterhalten werden soll. Nach hier eingegangenen Mitteilungen hat das britische Auswärtige Amt Material gesammelt, um zu zeigen, daß

deutsche Lieferungsverträge

auf amerikanische Erzeugnisse abgeschlossen haben, bevor diese noch die Warenspeicher in New-York verlassen hatten. Abgesehen von der Erklärung, durch welche die tatsächliche Blockade Deutschlands bekanntgegeben werden soll, wird England, wie man erwartet, die Forderung stellen, daß eine scharfe Sperre auf alle Sendungen gelegt wird, die für Englands Feinde bestimmt sind, oder aber, daß andernfalls sich auch die Neutralen selbst der Blockade unterwerfen, die nur gelegentlich unterbrochen werden wird, wenn die britischen Behörden der Ansicht sind, daß die Neutralen Nahrungsmittel für ihren eigenen Verbrauch benötigen. — „New York American" meldet aus Washington: Von halbamtlichen Stellen wurde erklärt, daß England

die amerikanischen Proteste

wegen der Behinderung des amerikanischen Handels damit beantwortet habe, daß es beabsichtige, der Blokkade einen größeren Umfang zu geben. Nach Mitteilungen, die das Staatsdepartement aus privaten Kreisen im Auslande erhalten hat, wird England alle Einsprüche der amerikanischen Regierung ohne Berücksichtigung lassen. Dem Vernehmen nach wird England einen solchen Einspruch nicht einmal beantworten, bis die britischen Maßnahmen, wodurch der Handel jeder Art mit Deutschland abgeschnitten werden soll, beendet sind. Sobald dies geschehen ist, wird England alle Beschwerden ablehnen. Amtliche Kreise stellen in Aussicht, daß eine solche Antwort Englands

einen scharfen Notenwechsel

hervorrufen wird. Wie es heißt, nimmt England den Standpunkt ein, daß es selbst über die letzte Bestimmung aller Frachten entscheiden muß. Aus diesem Grunde glaubt es ein Recht zu haben, nach neutralen Häfen bestimmte Schiffe aufzubringen und ihre Ladungen zu beschlagnahmen, weil es der Ansicht ist, daß diese letzten Endes für den Feind bestimmt sind. Beamte des Staatsdepartements deuten an, daß die amerikanische Regierung die Ansicht vertreten wird, daß England durch eine solche Haltung den Grundsatz von der Freiheit der Meere ablehnt. In ihren an Deutschland gerichteten Noten ist die amerikanische Regierung für die Freiheit der Meere ohne Einschränkung eingetreten. Die Vereinigten Staaten müssen daher, wie bemerkt wird, Englands Standpunkt nachdrücklich und endgültig entgegentreten. Aus einer der britischen Botschaft nahestehenden Quelle erfuhr „New-York Sun", daß England und seine Alliierten sich nur durch die Erfordernisse der Lage bestimmen lassen werden, nicht aber durch die Stimmung in der amerikanischen Oeffentlichkeit oder in amtlichen Kreisen Washingtons.

Wilson wartet ab.

× Amsterdam, 21. Januar.

Einem hiesigen Blatte zufolge meldet der Washingtoner Korrespondent der „Times": „Wie verlautet, beabsichtigt die amerikanische Regierung, mit der Absendung der Note an die Alliierten über die Baumwollfrage zu warten, bis die Blockade abgeändert ist und die Amerikaner diese Abänderungen eingehend untersucht haben."

Ein russisches Sittenbild.

Von unserm Korrespondenten.

Nachdruck verboten.

Stockholm, 17. Januar.

Herr A. A. Suworin, einer von den drei Wremjabrüdern, Mitinhaber der „Nowoje Wremja" a. D., und seit seinem Austritt aus der Firma erbitterter Feind der Familie, drang vor einigen Tagen in die Redaktionssitzung der „Nowoje Wremja" ein, ließ drei Revolverschüsse los, schlug zwei Fensterscheiben ein und ohrfeigte den ganz verdutzten Leitartikler, Herrn Pilenko. Mehr konnte er nicht machen, denn die andern Redakteure hielten ihn fest und beraubten ihn außer dem Munde aller Waffen. Herr A. A. Suworin gab nun die Gründe seines auffallenden Auftretens an, nannte die „Wremja" ein neuerdings zum Geschäftsorgan gewordenes Blatt, dessen Aktien in die Hände der Bankiers übergegangen, das nur noch Finanzinteressen einer kleinen Clique wahrnehme und den Ehrennamen der Suworin zu Unrecht trage. Darauf beruhigte er sich wieder und ging.

So erzählt die Skandalchronik und ihr Bericht erregte in Petersburg großes Aufsehen, teils weil man überhaupt gern über Geschichten spricht, in denen Revolver und Ohrfeigen eine Rolle spielen, teils weil das Ereignis den neuen Kurs des Suworinschen Blattes mit einem Schlage stadtbekannt machte, und was man bisher nur in engeren Pressekreisen getuschelt hatte, kam jetzt auf aller Lippen. Die „Nowoje Wremja" hat sich über das Ereignis beharrlich ausgeschwiegen. Dagegen hat Herr A. A. Suworin in seinem neuen Blatte „Malenkaja Gazeta" nicht verfehlt, sich damit zu brüsten, daß er in der „Wremja"-Redaktion Schüsse losgelassen und Fensterscheiben zerschlagen habe. Und er hat auch die Gründe dafür verraten und sehr viel aus der Schule geplaudert und es ist für uns vielleicht nicht ganz uninteressant, wie es in den Kreisen dieser begeisterten Deutschenhasser aussieht.

Ueber die erste Zeit des Bestehens der „Nowoje Wremja" schweigt sich A. A. Suworin aus, denn damals gehörte er selbst noch dem Blatte an. Aber es wird in dieser Gründungsepoche nicht viel anders gewesen sein als jetzt. Als die Brüder Suworin den Redaktionsgrundsatz aufstellten, man müsse den Mantel nach dem Winde hängen, und weil die Zeitkonjunktur sich dazu eignete, in das Fahrwasser der Judenhasser und Ritualmordankläger einlenkten, schied A. A. Suworin aus, weil ihm diese Richtung nicht opportun schien. Er gründete damals mit Hilfe einer Reihe Bankiers eine große Tageszeitung, „Rus", die jedoch sehr kurzlebig war. Nach dreiviertel-jährigem Erscheinen wurde das Blatt von einem Ehrenschiedsgericht überwiesen, daß es Nachrichten erfand, um den die Zeitung finanzierenden Kapitalisten die Möglichkeit zu einer spekulativen Ausnützung der Alarmtelegramme an der Börse zu ermöglichen. Die Zeitung „Rus" mußte sofort ihr Erscheinen einstellen.

Von nun an wurde A. A. Suworin ein tadelloser Ehrenmann, und während er die spätere Vergangenheit vergessen zu haben scheint, entsinnt er sich der ferneren Schicksale der Gebrüder Suworin desto genauer. Die „Malankaja Gazeta" entrüstet sich jetzt darüber, daß die „Nowoje Wremja" und die „Wetscherneja Wremja" in fremde Hände übergegangen seien, kapitalistischen Interessen dienten und damit den alten Suworintraditionen untreu geworden seien. Michael und Boris Suworin haben im Januar 1915 einen formellen Vertrag mit drei Petersburger Bankvertretern unterzeichnet. Der Vertrag bestimmt, daß für die Zeit von sechs Jahren ein Konsortium zur Verwaltung der „Nowoje Wremja" gebildet wird. Die Hälfte der Aktien gehört den Herren Suworin. Bei der Abstimmung wird mit einfacher Majorität beschlossen, und bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Zum Vorsitzenden wurde der Chef der russisch-französischen Bank D. Demkin gewählt. Bei der Bildung des Konsortiums wurde bestimmt, daß Demkin und ein andrer Bankvertreter Poleschajew während des Jahres 1916 Direktionsmitglieder der Gesellschaft „Nowoje Wremja" würden. Boris Suworin bleibt als Geschäftsführer bei der „Nowoje Wremja". Außer ihrem Redakteurgehalt erhalten Michael Suworin 12 000 Rubel jährlich, Boris Suworin 6000 Rubel aus der Kasse des Konsortiums. Leiter des Unternehmens ist die französisch-russische Bank und die Initiative für die Finanzierung stammt von dem Direktor Rubinstein.

Der „Wetscherneja Wremja" hat A. A. Suworin noch einige besondere Liebenswürdigkeiten zu sagen. Herr Rubinstein hat bei diesem Blatte schon lange eine führende Rolle gespielt. Seit drei Jahren existiert die „Wetscherneja Wremja" und hat in dieser Zeit ein Defizit von 400 000 Rubel aufzuweisen. Die Auflage betrug zuerst 30 000 Exemplare, ist seitdem aber ständig kleiner geworden. „Die Redaktion steht den Interessen des Publikums willenlos gegenüber. Sie bleibt in ihrem schmutzigen Sumpfe stecken. Ihre Interessen sind nur Restaurants, Wettrennen und Heldkriegen. Sie ist eine Sammelstelle für jene Verbrecherinnen, die in der „Nowoje" unmöglich geworden. Das Redaktionsmitglied A. Goldstein wurde dort wegen betrügerischer Spesenrechnungen verjagt. Der andre Redakteur, Mannikoff, der unter dem Pseudonym „Maske" schreibt und im Nebenberuf Agent der „Ochrana" ist, hatte eine eigene Inseratenannahme für den redaktionellen Teil. Welcher der Boris oft gebeten, wenigstens Goldstein zu entlassen